

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/114

20. Juni 1977

Sozialreformer aus Seelsorge

-----  
Zum Gedenken des 100. Todestages von Bischof Ketteler

Von Bürgermeister Hans Koschnick  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Seite 1 und 2 / 81 Zeilen

Krisen in der Politik oder Politik mit Krisen ?

-----  
Rückkehr zu einer selbstverständlichen Loyalität ist nötig

Von Dr. Herbert Günther  
Staatsminister von Hessen

Seite 3 und 4 / 83 Zeilen

Die Totgeburt eines Trojanischen Pferdes

-----  
Zur Gründung der "Sozialen Demokratischen Union"

Seite 5 und 6 / 55 Zeilen

Soziale Offensive der Arbeitnehmer

-----  
Anmerkungen zum dritten Bundeskongreß der AFA in Saarbrücken

Seite 7 / 44 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Herausgeber 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 408  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 01 80 38/39  
Telex: 05 85 845-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Sozialreformer aus Seelsorge  
-----

Zum Gedenken des 100. Todestages von Bischof Ketteler

Von Bürgermeister Hans Koschnick

Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Am Wochenende gedachte die katholische Arbeitnehmerbewegung im Zusammenhang mit ihrer Bundeskonferenz des 100. Todestages des Sozial-Bischofs Wilhelm Emanuel von Ketteler, der am 13. Juli 1877 in Burghausen am Inn gestorben ist.

Es versteht sich von selbst, daß die KAB zusammen mit den übrigen Kräften des Sozial-Katholizismus in Verehrung und Dankbarkeit zu Bischof Ketteler aufblickt als einem großen Kirchenmann, der seiner Kirche das Verständnis für die neue gesellschaftliche Gruppe der Arbeiter und für deren schwierige Lage eröffnet hat. Gerade weil es nicht selbstverständlich war, daß ein Bischof des 19. Jahrhunderts in der sozialen Frage "die schwierigste und wichtigste Frage der Gegenwart" sah, lohnt es sich zu fragen, wie der Bischof von Mainz zu seinem engagierten Interesse an der Lage der Arbeiter kam.

Seine Schriften zeigen, daß es für Ketteler eine enge Verbindung zwischen seinem seelsorgerischen Auftrag und seinen Bemühungen für ein so drängendes gesellschaftspolitisches Problem gab, wie es die Arbeiterfrage von Anfang an war und heute noch ist. Er wußte: der Mensch bedarf zunächst einmal menschlicher und menschenwürdiger Lebensbedingungen, bevor er für kulturelle oder ideelle, wissenschaftliche, künstlerische, ethische oder religiöse Dinge empfänglich ist. Seit das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer "nicht mehr nach sittlichen, die Menschenwürde respektierenden Gesetzen... geregelt ist", kommt der Arbeiter "als Ware, als lebendige Maschine in Berechnung und fängt an, sich selbst mehr und mehr als Maschine zu fühlen". Diese Arbeiter müssen zuerst als Menschen ernst genommen, es muß ihnen zu menschenwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen verholfen werden, bevor die christliche Botschaft an sie herangetragen werden kann. Mit diesen Überlegungen, die Ketteler 1869 seinen bischöflichen Amtsbrüdern vortrug, stellt er die Kirche in die Verantwortung gegenüber der sozialen Frage.

Die Ursache für die Fehlentwicklungen, die zum damaligen Elend der Arbeiterschaft geführt hatten, sah Ketteler in dem extremen, atomisierenden Individualismus, der den Einzelnen auf sich allein stellte. Parteipolitisch identifizierte er den eigentlichen Feind im Manchester-Liberalismus, der den Arbeitern das Koalitionsrecht versagte und sie damit in den erbarmungslosen Konkurrenzkampf um die Arbeitsplätze trieb, aus dem nach Kettelers Überzeugung das von Lassalle dargestellte "eherne Lohngesetz" resultierte.

Hatte Ketteler in seiner Frühzeit geglaubt, durch einen Gesinnungswandel im Sinne christlicher Nächstenliebe lasse sich den Übelständen der Arbeitswelt abhelfen, so gelang ihm auf der Höhe seines Lebens der Durchbruch zu der Erkenntnis, daß es zur Abhilfe sozialpolitischer Maßnahmen des Staates, ja

institutioneller und struktureller Reformen bedurfte. Für solche Reformen wollte er die christliche Motivation ins Spiel bringen. Dabei wäre er auch vor Maßnahmen, die wir heute als systemverändernd bezeichnen würden, nicht zurückgeschreckt, wenn er nur eine Möglichkeit gesehen hätte, sie auf rechtmäßigem, wir würden sagen, verfassungsmäßigem Wege, herbeizuführen. Dabei bejaht er das moderne arbeitsteilige Industriesystem; sein Weg ist der Versuch, die Machtverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt zu verändern.

So kommt er zur Bejahung gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse und macht sich Gedanken über Möglichkeiten, auch die Arbeiter an den erarbeiteten Produktivvermögen zu beteiligen, so entschieden er ideologisch einseitige oder gar gewaltsame Lösungsversuche ablehnt, ebenso selbstverständlich übernimmt er praktikable Forderungen der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Weit seiner Zeit voraus erkennt er den Arbeitern, um sich ungerechter Bedrückung zu erwehren, das Recht zu streiken zu. Selbst ein im Augenblick erfolglos zusammengebrochener Streik scheint ihm in Hinblick auf eine positive Fernwirkung nicht ohne Sinn. Dabei geht er weit über konfessionellen und weltanschaulichen Partikularismus hinaus. Gewerkschaftliche und genossenschaftliche Zusammenschlüsse zu dem Ziel, menschenwürdige Daseinsbedingungen zu erkämpfen, sollen ihre Ziele so setzen und ihre Mittel so wählen, daß alle aus Überzeugung mitmachen können und keiner mit seinem Gewissen in Konflikt kommt. Auf der Ebene der Gewerkschaftsbewegung sieht er die Möglichkeit einer "allgemeinen Organisation", zu der die Mitgliedschaft aller Arbeiter sogar verpflichtend sein könnte.

Gegen die Entwicklung des allgemeinen deutschen Arbeitervereins zum Sozialismus des Gothaer Programms von 1875 hatte Ketteler ernste Bedenken. Immer wieder sprach er mit Bedauern davon, daß militant religions- und kirchenfeindliche Tendenzen innerhalb der Sozialdemokratie und der sozialistischen Arbeiterbewegung überhand nehmen und dadurch die Möglichkeit der Beteiligung von Christen erschweren.

Daß sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg wieder stärker auf Lassalle besann, hätte er sicher begrüßt. Ebenso die Öffnung des Codesberger Programms, durch die viele der weltanschaulich ideologischen Anstöße, die Ketteler am Sozialismus seiner Zeit genommen hatte, beseitigt wurden.

Die SPD hat allen Grund, dieses Kirchenmannes, der so früh die Dringlichkeit der Arbeiterfrage in den Vordergrund des Bewußtseins seiner Zeit und seiner Kirche zu stellen versuchte, mit Respekt und Dank zu gedenken. Über weltanschauliche und politische Mißverständnisse und Differenzen hinweg weist sein Zeugnis auf die gemeinsame Verantwortung der Arbeiterbewegung hin, die auch heute für die Schwachen, Unterdrückten und Hilflosen eintreten muß, wenn sie ihre Legitimation nicht verlieren will. Die Möglichkeiten, in dieser Aufgabe zusammen zu arbeiten, sind ohne Zweifel heute besser, als sie zu Kettelers Zeiten waren.

(-/20.6.1977/vo-he/10)

+ + +

### Krisen in der Politik oder Politik mit Krisen ?

-----

Rückkehr zu einer selbstverständlichen Loyalität ist nötig

Von Dr. Herbert Günther  
Staatsminister von Hessen

Zu den beliebtesten Modewörtern unserer Tage gehört der Begriff Krise. Nicht nur Bewußtseins-, Wirtschafts- und Systemkrisen werden sorgfältig registriert. Auch in der modernen Familie, den Kirchen und natürlich der modernen Kunst lassen sich vielfältige Krisen ausmachen. Darüber hinaus sorgt eine große Zahl von Krisenstäben, Krisenmanagements und Krisenberatern mit lebhafter publizistischer Unterstützung dafür, daß Krisenhaftes gebührende Beachtung findet.

Neuerdings ist es in besonderem Maße die SPD, die mit dem Wort Krise in Verbindung gebracht wird. Die Propagandisten der Unionsparteien werden nicht müde, geradezu beschwörend krisenhafte Entwicklungen bei der SPD zu reklamieren. Sei es die Energie-, Steuer- oder Rentenpolitik, die Kulturpolitik, die Beziehungen zum Koalitionspartner oder das schon so oft zu Tode gerittene Thema der innerparteilichen Auseinandersetzungen: Überall werden besorgt und mahnend Krisen ausgemacht, tiefgehende wohl gemerkt, die letztlich gar den Staat erfassen und in den Abgrund ziehen könnten.

Die trübe Mischung aus Unterstellungen, Halbwahrheiten und biedermännischer Demagogie kann freilich nicht verbergen, welch kümmerlichen Politikersatz sie tatsächlich darstellt. Bei keinem der großen aktuellen Probleme unserer gegenwärtigen Politik haben die Unionsparteien bislang tragfähige Lösungsbeiträge liefern können. Eine Opposition, die Finanzlücken bei den öffentlichen Händen beklagt, nachdem sie selbst unermüdlich kostenintensive Gesetzesvorschläge eingebracht hat, der auf das Problem der Arbeitslosigkeit nichts anderes einfällt, als Steuererleichterungen für Unternehmer, kann als konstruktive politische Kraft kaum mehr ernst genommen werden. Wenn das zukunftsentscheidende Problem der Kernenergie, das die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei gegenwärtig außerordentlich beschäftigt, in der Union praktisch undiskutiert bleibt, so ist diese Friedhofsruhe vielleicht Beweis für Bürgerferne, nicht aber für politische Geschlossenheit. Es waren der Vorsitzende der Jungen Union, Matthias Wißmann, Unionspolitiker wie Gerhard Schröder und Jürgen Todenhöfer, die kürzlich selbstkritisch auf diesen Sachverhalt hingewiesen haben, als sie der Parteiführung der CDU vorwarfen, sie erschöpfe sich in der Abwehr von Regierungsvorschlägen, ohne politische Alternativen anzubieten.

Ein Blick über die Grenzen lehrt, daß die Regierungsparteien in allen Industrieländern sich heute mit erheblichen innen- und wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten herumschlagen müssen, an deren Brisanz unsere Probleme auch nicht annähernd heranreichen. Die Begrenztheit der materiellen Möglichkeiten, der Rohstoff- und Energiereserven, Wachstumsfragen, das Bewußtsein von Grenzen des Machbaren überhaupt, Verteilungskonflikte im nationalen und internationalen Bereich haben überall einen tiefgehenden Prozeß des Umdenkens eingeleitet, der vielfach von Unbehagen und Mißtrauen begleitet ist. Daß dieses Mißtrauen sich in unserem Lande in erster Linie gegen die regierenden Koalitionsparteien richten mußte, ist nicht verwunderlich. Sich damit auseinander-

zusetzen, Zusammenhänge zu verdeutlichen, zu diskutieren ohne Polemik, zu überzeugen ohne überhebliche Besserwisserei muß in Zukunft mehr als je unsere wichtigste Aufgabe sein. Krisenmasochismus hilft hier ebenso wenig wie ideologische Kraftmeierei.

Sicherlich ist der SPD gegenüber den Bürgern in dieser Hinsicht manche Ungeschicklichkeit unterlaufen. Beifall in Parteizirkeln wurde manchmal allzu unbesorgt mit öffentlicher Billigung gleichgesetzt, Schweigen gegenüber aggressiver Rhetorik zu leichtfertig mit Zustimmung. Wer schweigt, stimmt indessen entgegen einer weit verbreiteten Ansicht keineswegs immer zu. Oft weicht er nur in Resignation aus, die sich zu ebenso wortloser wie nachhaltiger Gegnerschaft verdichtet. Die Quittung wird bei der nächsten Wahl nachgereicht.

Die Kommunalwahlen in Hessen haben hierfür ein unübersehbares Warnsignal gesetzt. Noch ist es Zeit, auf dieses Signal zu reagieren, verlorenes Vertrauen durch nüchterne und verständliche Politik zurückzugewinnen. Was wir brauchen, ist die Konzentration auf klare, realisierbare und allgemein ein-sichtige Zielvorstellungen. Reformen können, wie Hessens Ministerpräsident Holger Börner zu Recht erklärt hat, dem Bürger nicht über den Kopf gestülpt werden; sie bedürfen, auch bei parlamentarischer Mehrheit, des fortwährenden Einverständnisses der Wählermehrheit.

Diese breite Zustimmung mag zuweilen behutsamere Aussagen und größere Rücksichtnahme in der Alltagspolitik erfordern, als es dem lieb sein kann, dem Politik mehr ist, als das rechnerische Mittel aller Meinungen. Verliert eine Partei indessen diese Zustimmung, so besteht auch ihre parlamentarische Mehrheit nur noch auf Abruf. Die Erwartung, das Bewußtsein der Öffentlichkeit werde "progressiven" politischen Vorgaben schon "nachkommen", läuft nicht nur auf ein Roulettespiel mit unübersehbarem Risiko hinaus. Es zeugt ebenso von einem intellektuellen Elitebewußtsein, das vielleicht einer sektenhaften Gruppierung, nicht aber einer Volkspartei ansteht.

Was hinzukommen muß, ist die Rückkehr zu einer selbstverständlichen Loyalität innerhalb der Partei, die weder durch verbitterte Gruppenstreitereien vergiftet, noch von einer besorgten Öffentlichkeit als Genossenkumpanei verdächtigt werden kann. Hier müssen wir alle den Mut zu personalen und organisatorischen Konsequenzen aufbringen, auch wenn diese schmerzhaft sind und hier und da als unverdient empfunden werden sollten. Unentschiedenheit und Zögern wüßten sich indessen für uns verhängnisvoll auswirken. Zu tief hat sich der Verdacht in der Öffentlichkeit eingenistet, daß Politik zu einem undurchsichtigen Klüngelsystem, einer anderen Form der Selbstbedienung geworden ist. Keine Partei ist frei von diesem Vorwurf. An uns Sozialdemokraten liegt es aber in erster Linie, hier und jetzt die Kraft zu einer raschen Selbsterneuerung zu finden, die sich nicht nur in Worten, sondern auch in klaren Taten äußert. "Krise in der SPD" wird dann in der Tat nichts mehr sein, als ein schnell vergessenes Modewort.

(-/20.6.1977/ks/ja)

+ + +

### Die Totgeburt eines Trojanischen Pferdes

---

#### Zur Gründung der "Sozialen Demokratischen Union"

Der Parteiname der am Wochenende in Mönchengladbach gegründeten "Sozialen Demokratischen Union" (SDU) suggeriert die Synthese aus SPD und CDU. Doch das Etikett trügt. Die "Sozialen Demokraten" stehen nicht in der Mitte zwischen SPD und CDU, sondern rechts von der Union. Mit ihrem wohlklingenden Namen gehen sie auf Mitglieder- und Stimmenfang, um den Christdemokraten die Steigbügel zur Machtergreifung hinzuhalten.

Wenn sich ehemalige Sozialdemokraten des rechten Flügels an der Gründung einer Partei beteiligen, so müßte die neue Organisation nach den Gesetzen der politischen Logik von der FDP nicht allzu weit entfernt sein. Unter den SPD-Dissidenten, die sich gutgläubig den Jeremiaden des Braunschweiger Oberstadtdirektors Hans-Günther Weber anschlossen, sind viele, denen mit einer neuen Partei ein "rechtes Korrektiv" zu den Sozialdemokraten vorschwebte. Tatsächlich haben die maßgebenden SDU-Gründer mit ihrem Namen links geblinkt und mit ihrem Programm rechts überholt.

Das ist die Taktik des Trojanischen Pferdes. Was auf den ersten Blick wie ein Auffanglager für unzufriedene Sozialdemokraten aussieht, ist faktisch eine Agentur des Rechtskartells, die fünfte Kolonne von Franz Josef Strauß. Das läßt sich auch parteisozioologisch erkennen: Die "Soziale Demokratische Union" besteht zwar in ihrer Führungsgarnitur überwiegend aus einstigen Sozialdemokraten, dagegen wird die Mitgliedschaft hauptsächlich vom frustrierten Mittelstand gestellt. Die Mitgliederstruktur der neuen Sekte ist deshalb aufschlußreich, weil es inzwischen ein populäres Argumentationsmuster geworden ist, Krokodilstränen über die Arbeitnehmer in der SPD zu vergießen, die das angebliche Soziologen-Chinesisch der angeblichen Halb-Intellektuellen angeblich nicht mehr ertragen können und vor den entscheidenden parteiinternen Abstimmungen am Spätabend schon nach

Hause müssen. Arbeiter und Gewerkschafter sind bei den "Sozialen Demokraten" Mangelware.

Der Haß des politischen Konvertiten Weber auf die Partei, der er früher angehörte, hat inzwischen einen so tiefen Graben aufgerissen, daß dessen antisozialdemokratischen Ausfälle immer schriller werden. Seine Tiraden von Unterwanderern, Revoluzzern, Systemveränderern, die angeblich in der SPD ihr Unwesen treiben, sind so realitätsfern und grobschlächtig, daß sie nur bei jenen versprengten Häuflein zwischen CDU-Kohl und NPD-Gewächsen auf fruchtbaren Boden fallen können. Indiz dieses Amoklaufs ist der groteske Vorwurf in der jüngsten Ausgabe des SDU-Organs "Freiheit und Fortschritt", die Massenmedien hätten von der Splittergruppe "auf Anweisung" (!) der SPD wenig Notiz genommen.

Natürlich hat jedermann das Recht, vom Artikel 21 des Grundgesetzes Gebrauch zu machen und eine neue Partei aus der Taufe zu heben. Weber und seine Gefolgsleute sollten allerdings so ehrlich sein zu bekennen, daß sie das fortsetzen wollen, was zuvor schon "Deutsche Union", "Bund Freies Deutschland" und "Aktionsgemeinschaft Vierte Partei" versucht haben. Wer wie Weber nach Strauß-Dregger-Manier den freiheitlich-demokratischen Sozialismus als "größten Irrtum unserer Zeit" diffamiert, hat kein Recht, sich auf Kurt Schumacher, Ernst Reuter und Fritz Erler zu berufen. In Wahrheit ist Fritz Erler selbst der beste Kronzeuge gegen den unredlichen Braunschweiger Weber-Aufstand, weil er die politische Infamie der Konservativen geißelte, tote gegen lebende Sozialdemokraten auszuspielen.

Der Widerspruch, "links" auf Gimpelfang zu gehen und dann CSU-Politik zu machen, stempelt die SDU zum totgeborenen Kind. Bei diesem Täuschungsmanöver sind CDU/CSU dem Winzling SDU allemal überlegen. Hans-Günther Weber, der im SDU-Pressenmaterial als Hobbys Schwimmen und Kleingärtnerei nennt, der Präsident der Deutschen Gesellschaft für das Badewesen ist, wird mit seiner Partei baden gehen.

Jochen Loreck  
(-/20.6.1977/va-he/lo)

+ + +

### Soziale Offensive der Arbeitnehmer

-----

#### Anmerkungen zum dritten Bundeskongreß der AFA in Saarbrücken

"Das Recht auf Arbeit", Kernforderung des dritten Bundeskongresses der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD und eine Grundforderung des demokratischen Sozialismus überhaupt, kann nur verwirklicht werden, wenn sich Sozialdemokraten dafür den politischen Handlungsspielraum erkämpfen oder ihn dort, wo sie ihn haben, nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Der Saarbrücker AFA-Kongreß hat deutlich gemacht, daß die Arbeitnehmer in der SPD - und sie machen die überwältigende Mehrheit aus - konkrete Forderungen an die Regierung haben, deren Verwirklichung ihr tägliches Leben entscheidend prägt und deren positive Lösung sie eben nur einer von Sozialdemokraten geführten Bundesregierung überlassen können. Bundeskanzler Helmut Schmidt fand daher offene Ohren, als er eindringlich die mahnende Frage stellte, was denn CDU und CSU mit der Regierungsmacht machen würden, wenn man ihnen dies überließe.

Die zentrale Sorge der in Lohn und Brot stehenden SPD-Mitglieder um ihren Arbeitsplatz hat die AFA in eine soziale Offensive gedrängt. Ihre Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit, nach einem zehnten Pflichtschuljahr, nach mehr Bildungsangeboten für Arbeitnehmer, die dadurch zu qualifizierterer Arbeit befähigt werden sollen, sowie der Ruf nach Vorziehung der Rentenaltersgrenze müssen ernsthaft geprüft werden.

Die Forderung des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, die beschäftigungspolitischen Probleme ohne Scheuklappen zu diskutieren, da die Marktwirtschaft nicht von sich aus zur sozialen Gerechtigkeit führt, war den Delegierten in Saarbrücken ein hautnahes Anliegen.

Vor dem Hintergrund der drückenden Last der Arbeitslosigkeit ist Herbert Wehners Verbitterung über die mangelhafte Ausschöpfung des 16-Milliarden-Programms zur Sicherung von Zukunftsinvestitionen durch die Länder verständlich. Es ist in der Tat unerträglich zu wissen, daß hier ein großer Teil von 16 Milliarden Mark brachliegt, die sinnvoll eingesetzt einen wesentlichen Impuls für das notwendige Mehr an Arbeit ergeben könnten.

Wenn Heinz Oskar Vetter vor dem Saarbrücker AFA-Kongreß forderte, daß wir wirksamere Instrumente der Wirtschaftsbeeinflussung benötigen und den Mut, die notwendigen Instrumente für eine vorausschauende Strukturpolitik zu entwickeln und einzusetzen, dann ist die Erfahrung mit dem 16-Milliarden-Programm wohl nur eine Untermauerung dieser Forderung des DGB-Vorsitzenden.

Für die Sozialdemokraten in den Länderparlamenten bietet sich daraus ein wichtiges Betätigungsfeld. Sie können damit einer Bitte des Bundeskanzlers entsprechen, hinter dieses Programm etwas Druck zu machen.

Die sozialdemokratischen Arbeitnehmer haben auf ihrem Kongreß Beschlüsse gefaßt, die nicht nur die Arbeitsmarktpolitik, sondern die gesamte Gesellschaftspolitik nicht nur in dieser Legislaturperiode, sondern bis weit in die achtziger Jahre hinein prägen kann. Voraussetzung dafür ist, daß die Fragen der Arbeitnehmer in der SPD auch den Stellenwert einnehmen, der ihnen zusteht, und daß nicht Randgruppen der Partei in die Lage versetzt werden, der veröffentlichten Meinung über die SPD ihren Stempel aufzudrücken.

Helmut G. Schmidt  
(-/20.6.1977/va-he/10)